

**zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für kleine Unternehmen nach der
Verwaltungsvorschrift Stadtentwicklung 2007 bis 2013 des
Sächsischen Staatsministeriums des Innern**

**Erklärung über bereits erhaltene und beantragte „de-minimis“-Beihilfen im Sinne der
EU-Freistellungsverordnung für „de-minimis“-Beihilfen**

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen.....
(*vollständiger Name des Unternehmens*) seit dem.....(*3 Jahre vor Antragstellung*)
folgende/keine*) „de-minimis“-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der
Kommission vom 15.12.2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf
„De-minimis“-Beihilfen (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr.
L 379/5 vom 28.12.2006) in Verbindung mit der Regelung zur vorübergehenden Gewährung
geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland während der
Finanz und Wirtschaftskrise („Bundesregelung Kleinbeihilfen“) erhalten habe:

*) Nichtzutreffendes bitte streichen.

Datum Bewilligungsbescheid	Zuwendungsgeber	Az.	Fördersumme €	Subventionswert €

Die entsprechenden „de-minimis“-Bescheinigungen oder Zuwendungsbescheide sind
beigefügt.

Außerdem habe ich folgende weitere „de-minimis“-Beihilfen beantragt:

Förderprogramm	Zuwendungsgeber	Art der Beihilfe (Zuwendung, zinsverbilligtes Darlehen etc.)

Die Mittel wurden noch nicht bewilligt.

Außerdem erkläre ich, dass

- es sich um ein Unternehmen handelt, das nicht dem Bereich Verkehr angehört,
- es sich um Tätigkeiten handelt, die nicht unmittelbar exportbezogen sind,

- es sich nicht um Tätigkeiten in der Verarbeitung und Vermarktung von im Anhang I des EG-Vertrages aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnis handelt und zwar in folgenden Fällen:

- a) wenn sich der Beihilfebetrags nach dem Preis oder der Menge der von Primärerzeugern erworbenen Erzeugnisse oder nach dem Preis oder der Menge der von den betreffenden Unternehmen richtet,
 - b) oder wenn die Beihilfe davon abhängig ist, dass sie ganz oder teilweise an die Primärerzeuger (Landwirte) weitergegeben wird,
- es sich nicht um Fischfabriken, Schlachthöfe, Metzgereien, Fleisch- und Wurstfabriken, Molkereien, Mühlenbetriebe, Kaffeeröstereien, Zuckerraffinerien oder Keltereien handelt,
- es sich nicht um ein Unternehmen in Schwierigkeiten handelt.

Mir ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 3 Subventionsgesetz sind. Ich verpflichte mich, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir vor der Zusage für die hier beantragten Mittel bekannt werden.

.....
Ort, Datum

.....
Rechtsverbindliche Unterschrift
des Antragstellers